



Auslandsbüro Ukraine
www.kas.de/ukraine

Kiew, 30. Mai 2007

Eskalation der Krise beendet - Neuwahlen am 30. September

Mit der gemeinsamen Erklärung vom 27. Mai 2007 machten Präsident Juschtschenko und Premierminister Janukowitsch der zweimonatigen Eskalation des Machtkonflikts in der Ukraine ein Ende. Die Werchowna Rada verabschiedet derzeit die notwendigen Gesetzespakete, um die Neuwahlen am 30. September durchzuführen. Der Kompromiss wurde schließlich möglich, weil in den Konfliktparteien langsam die Einsicht reifte, dass trotz Mobilisierung aller auch nur denkbaren Instrumente in der soziokulturellen und politischen Pattsituation der Ukraine kein Weg am Verhandlungstisch vorbeiführen kann. Die Krise der letzten Wochen offenbarte dabei einmal mehr das instrumentelle Rechts- und Institutionenverständnis der Akteure und die enormen Schwierigkeiten der demokratischen Verhaltenskonsolidierung der ukrainischen Eliten. Die Parteien der Ukraine stehen nunmehr vor der Aufgabe der Durchführung kurzer und intensiver Kampagnen mitten in der ukrainischen Datschenzeit.

Nico Lange

Die Krise ist beendet. Mit dieser Nachricht traten die Protagonisten Juschtschenko, Janukowitsch und Moros in der Nacht zum 27. Mai vor die wartenden Journalisten. Wieder einmal bedurfte es der Mobilisierung der äußersten Mittel bis hin zu Rangeleien von Sicherheitskräften im Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft, um die Beteiligten zur Einsicht in die Notwendigkeit eines Kompromisses zu bewegen. Schließlich wurde die Einigung jedoch in einer „Gemeinsamen Erklärung“ von Juschtschenko, Janukowitsch und Parlamentssprecher Moros festgehalten. Die Zelte auf den zentralen Plätzen wurden mittlerweile abgebaut, die Fahnen eingerollt und die Werchowna Rada tagt zur Stunde noch einmal in voller Besetzung. Nach fast zwei Monaten immer neuer Eskalationen und Verwirrungen kehrte in Kiew vorerst Ruhe ein.

Der mit der „Gemeinsamen Erklärung“ geschlossene Kompromiss legt den Termin der Neuwahlen auf den 30. September fest. Damit hat man sich auf ein Datum zwischen dem von der Opposition geforderten Junitermin und dem von der Regie-

rung favorisierten Zeitpunkt Ende Oktober geeinigt. Der Regierungskoalition bleibt damit Zeit, die in der Ukraine vor Wahlen fast schon traditionellen Renten- und Lohnerhöhungsgeschenke zu verteilen. In diesem Zusammenhang ist auch das weitere Zugeständnis des Präsidenten der Annahme der Gesetzgebung des Rumpfparlaments aus den letzten Wochen zu sehen. Auch der Forderung der Regierungskoalition nach der Erstellung eines elektronischen Wählerregisters wurde entsprochen. Ferner legt die gemeinsame Erklärung die Aufstellung einer neuen zentralen Wahlkommission fest.

Im entscheidenden Punkt setzte sich der Präsident allerdings durch. Die gemeinsame Erklärung erkennt ausdrücklich den Erlass des Präsidenten mit Bezug auf die Verletzung der Repräsentativität durch die Fraktionswechsel als alleinige Grundlage für die Neuwahlen am 30. September an. Juschtschenko hat damit seine Hauptziele der Schaffung eines Präzedenzfalls und der damit verbundenen erzieherischen Wirkung auf das Parlament sowie die sig-

nifikante Festigung seiner eigenen Position erreichen können.

WERCHOWNA RADA VERABSCHIEDET GESETZSPAKETE

Im Parlament haben unterdessen, wie in der gemeinsamen Erklärung festgelegt, die Sitzungen des 29. und 30. Mai begonnen. Die Abgeordneten der Opposition sind dabei erstmals seit Ende März wieder anwesend. Die Lesungen und Verabschiedungen der Gesetzespakete laufen mittlerweile unter einigen Unstimmigkeiten und mussten wegen einer Bombendrohung zeitweilig unterbrochen werden. Es ist aber davon auszugehen, dass die Vorlagen wie vorgesehen verabschiedet werden.

Gegenstände der somit letzten Sitzungstage des Parlaments der fünften Legislaturperiode sind drei Gesetzespakete. Zunächst einmal geht es darum, Ordnung in die Vielzahl der hektischen, teilweise wirren und rechtlich fragwürdigen Beschlüsse des Rumpfparlaments der letzten Wochen zu bringen. Die Rada widerruft einige der Beschlüsse und wird andere in echte Gesetze umsetzen. Im Vordergrund stehen dabei vor allem die Erhöhungen der gesetzlichen Mindestlöhne und der Pensionen. Das zweite Paket beinhaltet gesetzliche Regelungen für die Durchführung der Neuwahlen im September. Dazu gehören das elektronische Wählerregister ebenso wie das imperative Mandat und die Finanzierung aus dem Staatshaushalt.

Ausgesprochen begrüßenswert ist, dass die Akteure mit dem dritten Paket die Gelegenheit nutzen, um die letzten notwendigen kleineren Vorlagen und Ergänzungen für den WTO-Beitritt der Ukraine zu verabschieden. Der Weg für die Aufnahme der Ukraine wird damit frei, was auch ein wichtiges Signal für die laufenden Verhandlungen um das „erweiterte“ Abkommen zwischen der EU und der Ukraine darstellt. Schließlich ist es damit doch noch gelungen, vor den vorgezogenen Neuwahlen einen entscheidenden inhaltlichen Punkt einzubringen.

SCHLEPPENDE UND WIDERWILLIGE KOMPROMISSBILDUNG

Die Findung des Kompromisses zur Beilegung der Eskalation der Krise vollzog sich nur äußerst schleppend und widerwillig. Zunächst einmal wurde über Wochen hinweg - vor allem auf der Seite der Regie-

rungskoalition - nicht ehrlich verhandelt. Zugeständnisse wurden angekündigt, um Zeit zu gewinnen, immer neue Drohkulisen aufgebaut und Hinhaltungstaktiken angewendet. Das Muster der oberflächlichen Demonstration von Kompromissbereitschaft bei gleichzeitiger Mobilisierung aller auch nur denkbaren Instrumente und Ressourcen zum Niederringen der anderen Seite ist wohlbekannt. Es bestimmte bereits die Zeit der Orangen Revolution und den Umgang mit dem „Pakt der Nationalen Einheit“. Die Farce um die Wiedereinsetzung des Wahlfälschers Kiwalow in die Wahlkommission Anfang April und zuletzt die Reaktivierung des zweimaligen Verteidigungsministers und „Kutschma-Schlachtrosses“ Kusmuk als stellvertretendem Premierminister für Ordnungs- und Streitkräfte sind diesbezüglich bezeichnend. Die zum Schluss zu vernehmende Rhetorik des Innenministers Suschko von der „Militärjunta des Präsidenten“ und der Notwendigkeit der „Aufrechterhaltung der Ordnung“ weckte dabei Assoziationen an vergangenen geglaubten Zeiten. In Suschkos Verständnis von „Porjadok“ (Ordnung) schwingen deutliche Konnotationen aus der Sowjetzeit und der Kutschma-Ära mit. Die „Putsch“-Rhetorik der Regierungskoalition greift jedoch ins Leere. Mit der Herbeiführung vorgezogener Neuwahlen kann man nicht „die Macht an sich reißen“.

Bei der letzten Zuspitzung der Situation durch die Auseinandersetzungen um die Schlüsselposition des Generalstaatsanwalts, stellte Juschtschenko seine feste Entschlossenheit unter Beweis, die Regierungskoalition zu ernsthaften Kompromissverhandlungen zu zwingen. Ein wichtiger Schlüssel lag dabei sicher im Verlust der Möglichkeiten für die Regierungskoalition, abgesehen von der kleinen Sondereinheit „Berkut“ und der Verkehrspolizei andere rechtsdurchsetzende Institutionen für sich in Stellung zu bringen. Zur Kompromissfindung trug wahrscheinlich aber auch in nicht unerheblichem Maße der zunehmende Unwillen der hinter der Partei der Regionen stehenden wirtschaftlichen Akteure über die tendenziell geschäftsschädigende weitere Verschleppung der Staatskrise bei. Von äußerst wichtiger Bedeutung war außerdem die Einbeziehung des Parlamentssprechers Moros in die Einigung. Moros zeigte sich zuletzt als radikalster Akteur auf der Seite der Regierungskoalition und unternahm fortwähren-

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Auslandsbüro Ukraine**

Verantwortlich: Nico Lange

 wul. Schowkowschtschna 10/4,
01021 Kiew
Ukraine

 office@adenauer.kiev.ua
www.kas.de/ukraine

de Versuche, mögliche Einigungen zu torpedieren.

Die Beilegung der Eskalation des Konflikts am Pfingstwochenende wird jedoch nur vorläufigen Charakter haben. Die Schief lagen in der Verfassungsordnung, die eklatanten handwerklichen Fehler der Verfassungsänderungen von Anfang 2006 und der tiefe Rechtsnihilismus der Eliten machen weitere, periodisch auftretende Konfrontationen zwischen Parlament und Präsident sehr wahrscheinlich. Die institutionelle Absicherung der Kompromisse und die Weiterführung von Verfassungsdiskussionen zur Aufhebung der Widersprüche und klareren Abgrenzung von Kompetenzen werden zu den dringlichsten Aufgaben der neuen Regierung gehören.

KAMPAGNEN DER PARTEIEN WÄHREND DER DATSCHENZEIT

Die politischen Parteien beginnen nun die ohnehin schon seit Beginn der Krise laufenden Vorbereitungen für die Wahlen auszudehnen. Der Wahlkampfzeitraum mitten in der traditionellen Datschenzeit macht die Kampagnenführung dabei zusätzlich schwierig. Neue Dynamik ergibt sich durch die Festsetzung des Wahltermins in den Verhandlungen um Wahlbündnisse und Listenplätze, die ebenfalls mit den ukrainetypischen Maximalforderungen laufen. Die wichtigsten offenen Fragen sind aktuell, ob Luzenko mit der „Selbstverteidigung des Volkes“ tatsächlich auf der Liste des propräsidentiellen Blocks mit Nascha Ukraina antreten wird und ob die chancenlose Sozialistische Partei von Moros auf der Liste der Partei der Regionen rettenden Unterschlupf finden kann.

Im kurzen Wahlkampf werden die Parteien versuchen, die im Grunde obsoleten soziokulturellen Spannungslinien der Ereignisse von 2004 erneut zu mobilisieren. Außerdem werden Anschuldigungen und Standpunkte aus der Zeit der letzten Woche der Zuspitzung der Krise eine wichtige Rolle spielen. Echte inhaltliche Sachthemen werden abgesehen von Populismen wie der Erhöhung der Löhne und Pensionen sowie Forderungen nach Senkungen von Kommunalgebühren kaum eine Rolle spielen.

In der neu gewählten Rada werden voraussichtlich die Partei der Regionen (PdR) als stärkste Kraft, der Block Julia Timo-

schenko (BJUT), der Block „Unsere Ukraine“ (NU) sowie die Kommunisten (KPU) vertreten sein. Zwei entscheidende Fragen spielen beim Ausgang der Neuwahlen eine Rolle: das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ehemals „orangen“ und „blauen“ Kräften um die absolute Mehrheit sowie die Frage der Entscheidung zwischen Block NU oder BJUT als stärkster „oranger“ Kraft. Als wahrscheinlichste künftige Regierungskoalition gilt in Kiew inoffiziell derzeit eine Verbindung von PdR und NU.

Nascha Ukraina geht zunächst gestärkt aus der Krise hervor. Die Durchsetzung der Position des Präsidenten im Konflikt und der vorgezogenen Neuwahlen stärkten die Zustimmung zu Juschtschenko und zur Partei Nascha Ukraina kräftig. Die internen Spannungen sowie die politische Krise der Ukraine setzten einen Erneuerungsprozess in Gang, der auch in den neuen Spitzenkandidaten Ausdruck findet: Kirilenko, Gritzenko, Wakartschuk und wahrscheinlich Luzenko. In der PdR bestimmen Spannungen zwischen Janukowitsch und Achmetow die Listenbildung. Der Block Julia Timoschenko steht derzeit wegen der vorhergehenden Abwanderungsbewegungen und der mangelnden Sichtbarkeit der Parteiführerin der letzten Wochen unter starkem Druck, wird im Wahlkampf mit einer links-populistischen Kampagne wahrscheinlich jedoch wieder zulegen können.